

Umschau

Unter falscher Flagge

Der FDGB —
eine „Gewerkschaft neuen Typus“

Zu den verhängnisvollsten Irrtümern, unter denen und an deren Folgen die Menschheit auf unabsehbare Zeit zu leiden haben wird, gehört zweifellos der großen Teilen der Arbeiterschaft eigentümliche Glaube, alle politischen Bewegungen oder Organisationen, die den Begriff „Arbeiter“ in irgendeiner Form in ihren Namen oder in ihr Programm aufgenommen haben, hätten nichts anderes, oder zumindest nichts Vordringlicheres im Sinne, als die Verbesserung der Lebensumstände für die arbeitende Menschheit. Zumal den marxistischen und unter diesen wiederum am lautesten den kommunistischen Parteien ging und geht noch immer dieser teils übertriebene, teils falsche und durch die Geschichte unseres Jahrhunderts längst widerlegte Ruf voraus, und ein Schimmer dieses falschen Glanzes liegt selbstverständlich auch auf allen ihren Unter- und Nebenorganisationen. Vor allem die Kommunisten wissen dabei sehr um den Zauber, den ein Wort auf naiv gläubige Massen auszuüben vermag, und so ist es auch kein Zufall, daß man in dem heute kommunistisch regierten Teil Deutschlands eine Organisation antrifft, die in ihrem Namen so zugkräftige Begriffe wie „frei“, „deutsch“ und „Gewerkschaft“ vereinigt, ohne in Wirklichkeit auch nur das geringste von dem zu geben, was dieser Name zu versprechen scheint. Aber schließlich hat man sich ja daran gewöhnt, daß das Segeln unter falscher Flagge den gebräuchlichsten Mitteln kommunistischer Politik zugeordnet werden muß.

Es war am 10. Juni 1945, als der Befehl Nummer 2 der Sowjetischen Militärverwaltung in seiner Ziffer 2 bestimmte: „Der werktätigen Bevölkerung der sowjetischen Besatzungszone in Deutschland ist das Recht zur Vereinigung in freien Gewerkschaften und Or-

ganisationen zum Zweck der Wahrung der Interessen und Rechte der Werktätigen zu gewähren.“ Zwölf Jahre Unrecht gegen die deutsche Gewerkschaftsbewegung, zwölf Jahre DAF-Spuk schienen damit endgültig ausgelöscht. Sieben Tage später wurden die in Eile gebildeten vorläufigen Gewerkschaftskomitees unter dem Namen „Freier Deutscher Gewerkschaftsbund“ (FDGB) zusammengefaßt. Man schrieb den 17. Juni 1945 und ahnte nicht, daß dieses Datum nach acht Jahren bereits zum Symbol des Aufstandes gegen den beispiellosen Betrug an den sowjetzonalen Arbeitern werden sollte und daß man sich daher gezwungen sehen werde, den zehnten Jahrestag der FDGB-Gründung unter Verfälschung des geschichtlichen Datums um zwei Tage vorzuverlegen. Inzwischen hatte der FDGB noch einmal ziemlich genau die Entwicklung jenes Teiles der marxistischen Arbeiterbewegung durchlaufen, der sich nach Abspaltung der Sozialdemokratie im Zeichen des Kommunismus unaufhaltsam zur ausbeuterischen Diktatur eines macht hungrigen Funktionärklüngels über die in ihren Hoffnungen enttäuschten Arbeitermassen gewandelt hatte.

Während der ersten Jahre seines Bestehens konnte man den FDGB mit gewissen Einschränkungen durchaus als wirkliche Gewerkschaft ansprechen, wenn auch seiner gewerkschaftlichen Tätigkeit durch den häufig unüberwindlichen Widerstand der alle freiheitlichen Regungen unter den Arbeitern mit äußerstem Mißtrauen beobachtenden Sowjetischen Militärverwaltung und deren Abteilung „Arbeitskraft“ gewisse Grenzen gesetzt waren. Entsprechend seinem Gründungsstatut waren alle leitenden Posten anfänglich „paritätisch“ besetzt, d. h. zur Hälfte mit Kommunisten, zur anderen mit Sozialdemokraten und Vertretern der beiden anderen, damals noch bürgerlichen Parteien CDU und LDP. Zwar entsprach diese Verteilung in keiner Weise den tatsächlichen

Meinungsverhältnissen unter der Arbeiterschaft oder gar in der Zone, aber unter Berücksichtigung des Umstandes, daß man sich ja in der sowjetisch besetzten Zone befand, konnte man immerhin noch zufrieden sein. Dies änderte sich freilich sehr bald nach der an Ostern 1946 vollzogenen zwangsweisen Verschmelzung von KPD und SPD zur „Sozialistischen Einheitspartei Deutschlands“ (SED). Die Kommunisten, hinter denen immer unverhüllter Schutz und Führung durch die Besatzungsmacht sichtbar wurden, verschafften sich nicht nur in der SED, sondern auch im FDGB rasch und auf mancherlei Wegen das entscheidende Über- und später das Alleingewicht, und der FDGB wurde immer mehr für gewerkschaftsfremde Ziele eingespannt. Vor allem hatte er als breite Plattform zu dienen, von der aus die kommunistische Propaganda bequem und unmittelbar in die Massen der Arbeiterschaft getragen werden konnte. Immerhin bemühte man sich einstweilen noch, den Arbeitern das Gefühl zu geben, wieder eine eigene Interessenvertretung zu besitzen, und sie Vertrauen zu der neuen Organisation gewinnen zu lassen. Dieses Programm wickelte sich denn auch ohne nennenswerte Schwierigkeiten ab, solange zwischen dem FDGB als Vertreter der Arbeiterschaft einerseits und der während dieser Phase noch verhältnismäßig zahlreich vorhandenen privaten Unternehmerschaft andererseits noch eine echte Partnerschaft bestand. Fragwürdig wurden seine Haltung und sein Mandat erst, als ab 1947 an die Stelle der privaten Unternehmerschaft immer mehr „volkseigene“ oder „unter staatliche Verwaltung gestellte“ Betriebe traten und die Arbeiter fortan angeblich sich selbst als Arbeitgeber gegenüberstanden; denn nun ergab sich zwangsläufig die Frage, wen die Gewerkschaft künftig gegen wen zu vertreten habe, da die Sozialpartner nun ja angeblich identisch waren. Und als schließlich am 9. Oktober 1947 die Sowjets mit dem berüchtigten SMA-Befehl Nr. 234 die endlose Schraube der

Zwangssteigerung der Arbeitsproduktivität in Bewegung setzten, da fand die gewerkschaftliche Betätigung des FDGB ein jähes Ende, und es wurde immer offenkundiger, daß eine wirkliche Interessenvertretung der Arbeiterschaft im kommunistischen Staat nichts mehr zu suchen hatte.

Bereits im März 1947 hatte die „Einheit“, die theoretische Monatschrift der SED, den nunmehr sich vollziehenden „Funktionswandel“ des FDGB angedeutet, als sie schrieb: „Doch nicht nur die organisatorische Form, auch der Inhalt der gewerkschaftlichen Arbeit hat sich gewandelt und zeigt uns, daß eine Gewerkschaftsbewegung neuen Typus geschaffen wurde“ („Einheit“, Jahrgang 1947, S. 297). Das in der ganzen Zone im Zeichen der Hundertjahrfeier des Marx-Engelschen „Manifests der Kommunistischen Partei“ stehende Jahr 1948 enthüllte dann auch das „Neue“ an diesem „neuen Gewerkschaftstypus“. Es bestand — wie der ganze Bolschewismus — in einem Rückfall in längst überwundene frühkapitalistische Formen und bedeutete schlechthin die Annullierung alles dessen, was eine hundertjährige Arbeiterbewegung mühsam genug erkämpft und was eine einsichtige Unternehmerschaft während des gleichen Zeitverlaufes schon aus rein rationellen Erwägungen heraus größtenteils von sich aus zugestanden hatte. Es bedeutete mit anderen Worten die nackte Reaktion, getarnt als „Fortschritt“. Zwei Jahre vorher hatte das auch von den Sowjets unterzeichnete Kontrollratsgesetz Nr. 22 vom 10. April 1946 „die Errichtung und Tätigkeit von Betriebsräten in ganz Deutschland“ gestattet und am 17. Februar 1946 hatte der SMA-Befehl Nr. 56 für die Arbeiter und Angestellten der Sowjetzone die Einführung des Achtstundentages bzw. der 48-Stundenwoche befohlen. Im Jahre 1948 aber leitete der Bundesvorstand des FDGB in seinen sogenannten „Bitterfelder Beschlüssen“ die Auflösung der Betriebsräte und ihre Ersetzung durch seine als „Betriebsgewerk-

schaftsleitungen“ (BGL) der Arbeiterschaft aufgenötigten Beauftragten ein, die sich von nun an nicht mehr als Interessenvertreter und Sprecher der Arbeiterschaft, sondern ausschließlich als Spitzel und Befehlsübermittler des Arbeitgebers Staat fühlten und sich auch ganz in diesem Sinne betätigten. Von einem Mitbestimmungsrecht der angeblich zu Herren und Besitzern der Produktionsmittel und der Staatsmacht aufgestiegenen Arbeiter konnte seither natürlich weniger die Rede sein als je zuvor. Es wurde abgelöst durch die „Alleinbestimmung der Direktoren“, ein in der Sowjetunion schon zu Lenins Lebzeiten eingeführtes Prinzip, wobei die „Direktoren“ ihrerseits natürlich auch wiederum nur Befehlsempfänger des kommunistischen Staates und diesem allein verantwortlich sind. Das Wesen des „neuen Typus“ enthüllte sich also vorwiegend als Antreibertum. In Vergessenheit gerieten gleichzeitig Achtstundentag und 48-Stundenwoche. An ihre Stelle trat die Notwendigkeit der „Erfüllung der Wirtschaftspläne“, die der im Oktober 1948 zum 1. Vorsitzenden des FDGB nicht gewählte, sondern „ernannte“ Altkommunist Herbert Warnke im Augustheft 1948 der „Einheit“ als „zentrale Aufgabe des FDGB“ bezeichnet hatte. Während also die „kapitalistischen Ausbeuter“ mit ihren Arbeitern im Westen über die Möglichkeiten einer Einführung der Fünftagewoche zu 40 Stunden bei vollem Lohnausgleich und in den Vereinigten Staaten sogar bereits über die 35-Stundenwoche immerhin wenigstens diskutieren und die Verwirklichung dort bereits in greifbare Nähe gerückt ist, erpreßt die Sowjetzonen-„Gewerkschaft“ von ihren Mitgliedern „freiwillige“ Selbstverpflichtungen und Aktivistenleistungen, Sonderschichten unter allen möglichen Vorwänden und die widerspruchslose Hinnahme immer neuer Normenerhöhungen bei sinkenden Reallöhnen.

Wieweit sich der FDGB schon sehr bald vom Wesen einer wirklichen Gewerkschaft entfernte, davon vermochte

unter anderem auch der Paragraph zwei seiner auf dem Zweiten Bundeskongreß im April 1947 beschlossenen Satzung einen Begriff zu vermitteln. Unter den neuen Aufgaben des Bundes wurde dort als Nummer eins die „Erziehung der Werktätigen im Geiste des Antifaschismus, der Demokratie, des gesellschaftlichen Fortschritts und zur Erkenntnis ihrer sozialen Lage sowie zur Solidarität“, das bedeutet, wenn man diese im kommunistischen Partei-Code abgefaßte Formel richtig dechiffriert: zum Kommunismus und zum bedingungslosen Gehorsam gegenüber dem kommunistischen Staat, genannt. Erst unter der Nummer fünf dieser Aufgabenaufzählung ist kurz von dem Streben nach „Hebung des Reallohns“, also einer ur-gewerkschaftlichen Forderung, die Rede. Karl Marx, dessen Bilder an den Wänden jeder FDGB-Dienststelle hängen, hatte 1869 eindringlich gewarnt: „Niemals dürfen die Gewerkschaften mit einem politischen Verein in Verbindung gebracht oder von einem solchen abhängig gemacht werden, wenn sie ihre Aufgabe erfüllen sollen. Geschicht dieses, so heißt das, ihnen den Todesstoß geben“. Es entbehrt nicht der Ironie, dieses Zitat ausgerechnet in einem Heft der „Einheit“ anzutreffen. Nun, der FDGB wurde nicht nur „mit einem politischen Verein in Verbindung gebracht“, er wurde von der als SED firmierenden Kommunistischen Partei der Sowjetzone sogar zum bloßen Ausführungsorgan ihrer Parteibeschlüsse degradiert. Seinen Todesstoß als Gewerkschaft erhielt er in dem Augenblick, da ihn seine immer engere Personalunion mit der herrschenden kommunistischen Staatspartei in diese Rolle zwang und seine Aufgaben sich mit der Propagierung des Märchens vom Arbeiter als „Besitzer der Produktionsmittel und der staatlichen Macht“ aus gewerkschaftlichen automatisch in antreiberbische und somit arbeitserfeindliche verwandeln mußten — eine Lehre, die auch nichtkommunistischen Gewerkschaftern im Westen zu denken geben sollte! Nicht um einen bloßen „Funk-

tionswandel“ handelt es sich nämlich bei dieser Entwicklung, sondern um eine totale Verkehrung des Gewerkschaftsgedankens in sein extremes Gegenteil. Diese Entwicklung erreichte mit dem 4. FDGB-Kongreß im Juni 1955 nur ihren vorläufigen Höhepunkt, wobei die Tatsache, daß diese Organisation trotzdem ihren in jeder Beziehung irreführenden Namen beibehält, sich lediglich aus der allgemeinen völligen Umwertung aller Begriffe in der politischen Nomenklatur des Kommunismus erklärt.

Mit einem so gearteten Instrument läßt sich in einem unter der Diktatur einer Partei stehenden Staatswesen erfahrungsgemäß eine ganze Menge anfangen. Obwohl ihm keine Faser mehr vom Wesen einer wirklichen Gewerkschaft anhaftet, hält man auch heute noch bis auf weiteres die Fiktion vom FDGB als „Instrument des Klassenkampfes der Arbeiterschaft“ aufrecht und geht dabei wortlos über die Tatsache hinweg, daß die Arbeiter der Sowjetzone den wirklichen „Klassenkampf“, nämlich jenen, den die herrschende kommunistische Clique gegen die Arbeiter führt, inzwischen längst durchschauten, wie der 17. Juni 1953, genau acht Jahre nach der Gründung des FDGB, hinreichend bewiesen haben dürfte. Bekanntlich gibt sich der FDGB auch als „überparteilich“, wiewohl jedermann in der Zone weiß, daß kaum eine andere Organisation so tief in die Verbrechen der SED mit verstrickt ist, wenn man etwa vom Staatssicherheitsdienst absehen will. Nur mit Hilfe des FDGB war es z. B. möglich, nach 1948 das sowjetische Stachanowsystem auch den sowjetzonalen Arbeitern aufzuzwingen, nur über ihn war es gelungen, die für das kommunistische Regime so gefährliche überbetriebliche Solidarität der Arbeiterschaft zu zerschlagen und sie der Diktatur der Betriebsparteiorganisationen und der von diesen gelenkten Betriebsgewerkschaftsleitungen auszuliefern. Er vor allem war es auch, der 1951 den Widerstand der Arbeiter gegen die unsozialen und rückschrittlichen

Betriebskollektivverträge noch im Keim abwürgte. Seine Nützlichkeit für das kommunistische Regime erschöpft sich indessen nicht in seiner Judasrolle gegenüber der Arbeiterschaft. Neben seiner Funktion als Staatsgewerkschaft und monopolisierte Antreiberorganisation erfüllt er bereits seit der Inszenierung der sogenannten „Volkskongreßbewegung“ Ende 1947 seine Aufgabe als „Wahl“-Einpeitscher und als Hilfspartei der SED. Als solche tritt er bei sowjetzonalen „Wahlen“ mit eigenen, in Wirklichkeit aber der SED entweder als Mitglieder angehörenden oder mindestens vor der Aufstellung von ihr genehmigten Kandidaten in Erscheinung und sichert so die unter den gegebenen Machtverhältnissen ohnedies selbstverständliche kommunistische Mehrheit in den parlamentsähnlichen Gremien der Sowjetzonenrepublik.

Wie alle anderen sowjetzonalen Massenorganisationen bemüht sich auch der FDGB ständig, im Westen Deutschlands und in West-Berlin Fuß zu fassen oder doch wenigstens gewisse Kontakte mit der westdeutschen Bevölkerung aufrechtzuerhalten bzw. herzustellen. In West-Berlin verlor er seine Position, als sich 1948 die „Unabhängige Gewerkschaftsopposition“ (UGO) aus Protest gegen die zunehmende Sowjetisierung des FDGB von ihm trennte. An Mitgliedern verblieben ihm dort im wesentlichen nur noch die Arbeiter und Angestellten der unter sowjetzonaler Verwaltung stehenden Reichsbahnbetriebe, denen jedoch als Angehörigen eines sowjetzonalen Staatsbetriebes die Mitgliedschaft in einer anderen Gewerkschaft als dem FDGB ohnedies nicht möglich war. Im übrigen sank die West-Berliner Mitgliederzahl einschließlich der Reichsbahner sehr rasch bis auf weit unter zehntausend. Seit 1952 schlug der FDGB in West-Berlin eine neue Taktik ein, indem er sich selbst schrittweise aufzulösen und seine Mitglieder zum Eintritt in den westdeutschen nicht-kommunistischen „Deutschen Gewerkschaftsbund“ (DGB) zu kommandieren

begann, um diesen auf solche Weise von innen heraus zu zersetzen, ein Vorhaben, dem jedoch gerade in West-Berlin, zumal seit dem 17. Juni 1953, wenig Erfolg beschieden sein dürfte.

Infiltration heißt auch seine Aufgabe in der Bundesrepublik, wo er verboten ist, sich jedoch — und leider nicht immer erfolglos — eifrig bemüht, Kommunisten in Positionen des DGB und in die Betriebsräte westdeutscher Unternehmen einzuschmuggeln. Gelenkt wird diese Infiltrationsarbeit vom „Büro für deutsche Gewerkschaftseinheit“, einer sehr reich dotierten Abteilung des Bundesvorstandes des FDGB. Auf sein Konto gehen neben zahllosen anderen Aktionen auch die Organisierung wilder Streiks in der Bundesrepublik — während auch nur der blasseste Gedanke an Streik in der Sowjetzone selbst unweigerlich ins Zuchthaus führt! —, ferner die Auswahl und „Betreuung“ westdeutscher Arbeiterdelegationen für Besuche und Propagandabesichtigungen in der Sowjetzone und die Schulung westdeutscher kommunistischer Gewerkschaftsfunktionäre auf sowjetzonalen Speziallehrgängen.

Leider wird in der Bundesrepublik und auch in westdeutschen Gewerkschaftskreisen noch immer nicht klar genug erkannt, daß diese illegale Tätigkeit des FDGB in ihren Auswirkungen unter Umständen weit gefährlicher werden kann als die „legale“ Arbeit der zwar noch nicht verbotenen, aber von den Arbeitern fast durchweg abgelehnten westdeutschen Kommunistischen Partei, weil der kommunistische Ursprung so mancher auf den FDGB zurückgehenden Parole oder Aktion von den Arbeitern häufig nicht oder nicht rechtzeitig durchschaut wird. So gesehen muß man allen „Volksbewegungen“, auch einer solchen für die „Wiedervereinigung Deutschlands von unten“, mit äußerstem Mißtrauen begegnen. Es gibt genug Warner in der Bundesrepublik, die den Finger seit Jahr und Tag besorgt auf diese wunde Stelle legen.

Franz Theodor Zölch

Seelsorger und Stadtplanung

Am 30. Juni veranstaltete der Deutsche Verband für Wohnungswesen, Städtebau und Raumplanung anlässlich seiner jährlichen Mitgliederversammlung in Kassel eine öffentliche Vortragsveranstaltung über das Thema „Grundzüge eines neuzeitlichen Städtebaues und die Möglichkeiten ihrer Verwirklichung“. Viel wurde gesagt über die Grund- und Leitsätze, die den Planer der Stadt von morgen und von heute zu leiten hätten. Von allem wurde geredet, von Wohnhäusern, Fabriken, Läden, von Schwimmbädern, Sportplätzen, Volkshochschulen, Museen, Kinos, Theatern — von Kirchen wurde nicht geredet. Es wurde betont, daß die Stadtplanung nicht vom Grünen Tisch aus erfolgen dürfe, sondern in engster Zusammenarbeit mit allen zuständigen Stellen, mit dem Geologen, dem Soziologen, dem Heimatkundler, dem Hygieniker, und was es sonst alles geben mag, durchberaten werden müsse — der Seelsorger wurde nicht erwähnt. Von allen Referenten wurde stärkstens unterstrichen, daß der Mensch im Mittelpunkt alles Planens stehen müsse, doch hätte man meinen können, daß der Mensch, der Mensch von morgen, ein religionsloser, rein diesseitiger Mensch sei.

All das sind Dinge, die einem zu denken geben sollten. Ist es nicht so, daß gerade der Seelsorger an hervorragender Stelle bei der Stadtplanung mitwirken sollte?

Erstens wegen der Kirche. Waren es doch die Kirchen, die in der Vergangenheit das Profil der Städte geradezu bestimmten. Die Kirchtürme gehören zu den großartigsten baulichen Leistungen des Abendlandes. Man muß einmal im Orient gewesen sein; man muß da einmal des Abends über eine Stadt hingeblickt haben; man muß es gesehen haben, wie die wenigen Türme christlicher Kirchen, die sich da und dort über das Meer der flachen Dächer erheben, das Stadtbild bereichern und beleben, um zu ermessen, welche Großleistung städtebaulicher Art unsere Kirchtürme sind.